

Keine freie Arzneimittelwahl mehr für Ärzte?



Nach Vorstellungen der Regierungskoalitionäre CDU/CSU und FDP könnte im (Arzneimittelneuordnungsgesetz) AMNOG festgeschrieben werden, dass auch Pharmaunternehmen künftig als Vertragspartner bei integrierten Versorgungskonzepten zugelassen werden. Gleiches soll auch für Hersteller von Medizinprodukten gelten.

Bisher waren lediglich Krankenkassenverträge mit Ärzten, Zahnärzten, Apothekern, Praxiskliniken, Pflegekassen sowie Trägern von Krankenhäusern und Medizinischen Versorgungszentren möglich. Auch wenn insbesondere Apothekerverträge jüngster Zeit überfrachtet mit überbordenden bürokratischen Maßnahmen und kaum erfüllbarer Vorschriften angefüllt waren, so beinhalteten sie doch eine weitgehende Unabhängigkeit von den zu verordnenden Produkten.

Eine Erweiterung dieses Kreises um Pharmaunternehmen wird voraussichtlich bedeuten, dass Ärzte nur noch bestimmte Präparate verordnen dürften. Nach einem Änderungsantrag der Koalitionsparteien wird dieses Ansinnen damit begründet, dass die Versorgung mit Arzneimitteln wesentlicher Bestandteil integrierter Versorgungskonzepte sein kann. Die Ärzte könnten dafür einen Zuschlag bekommen, die Kassen einen Rabatt und Hersteller einen garantierten Absatz ihrer Produkte.

Zu befürchten ist, dass Patienten, die sich in ein entsprechendes Angebot ihrer Krankenkasse eingeschrieben haben, sich nicht sicher sein könnten, warum ihr Arzt ein bestimmtes Medikament aufgeschrieben hat. Ob dies dem ohnehin oft gespannten Arzt-Patienten-Verhältnis förderlich ist, darf bezweifelt werden. Zudem wird den Kassen die Möglichkeit eröffnet, ihre Versicherten auf die Nutzung bestimmter Präparate festzulegen. Der Geschmack einer Legalisierung korrupter Möglichkeiten wird, sollten sich die Überlegungen der Parteien im AMNOG wiederfinden, bestehen bleiben. Dass insbesondere die Freien Demokraten seit ihrer Regierungsbeteiligung in den Verdacht der

Lobbypolitik gekommen sind, ist hinlänglich bekannt.

Auch wenn die Teilnahme an der integrierten Versorgung freiwillig sein soll, werden alleine aus finanziellen Zwängen kranke Menschen solchen Kassenangeboten folgen. Gefährlich ist jedoch der politische Weg, den heute die GKV-Kassen einen weiteren Weg des Machtzuwachses, hier die Festlegung ihrer Versicherten auf bestimmte Produkte zu öffnen, morgen steht dann möglicherweise die freie Arzt- und Apothekenwahl auf dem Prüfstand. In der Folge hätten wir keine mündigen sondern in Abhängigkeit von den Kassen komplett unmündigen deutschen Patienten.

Wir empfehlen allen politischen Mandatsträgern zu überlegen, wohin ein solcher Weg, ist er erst einmal beschritten, führen kann. Abhängig würden nicht nur kranke Menschen sondern auch viele Leistungserbringer, die bereits heute wie Zitronen ausgepresst werden, seien es Ärzte, Apotheker, Krankenhäuser und die pharmazeutische Industrie. Marionetten am Ziehband gesetzlicher Krankenkassen ist kein Weg zu einem funktionierenden Gesundheitssystem.

-hf-